

Antrag vom 03.09.2014, OF 1114/6

Betreff:

Entspannung der Parkplatzsituation in den Stadtteilen

Der Ortsbeirat möge beschließen, der Magistrat wird aufgefordert, folgende Aspekte in Bezug auf die Parkplatzsituation in den Stadtteilen insbesondere Sossenheim zu prüfen und dem Ortsbeirat zu berichten, ob die aufgeführten Lösungsansätze auch realisiert werden können.

-Verbesserung der ÖPNV Anbindung, schnelle Realisierung der RTW, bessere Busverbindungen auch in den Abendstunden flexiblere Verbindungen auch Querverbindungen zwischen den Stadtteilen. Einführung von Quartiersbuslinien.

-Angebot und Förderung von Carsharing(Vorzugsweise mit modernen Hybrid oder Elektrofahrzeugen) in den Stadtteilen und das Angebot auch offensiv bewerben. Mietzuschüsse an Personen die auf ein eigenes Auto verzichten um an einen solchen Angebot teilzunehmen.

Begründung:

Um die Parksituation in den Stadtteilen zu verbessern sollten kreative Lösungsansätze geprüft werden, denn alleine mit der Schaffung von Parkplätzen wird es hier keine dauerhafte Problemlösung geben. Eher werden wir den gegenteiligen Effekt erleben und noch mehr Verkehrsprobleme bekommen. Deshalb ist es zwingend, dass der ÖPNV gestärkt wird, um den Menschen ein attraktives Nahverkehrsangebot zu bieten, um sie dazu zu bringen, auf das Auto öfters zu verzichten. Carsharing Angebote können dazu führen, dass man auch bei guter Anbindung ganz auf das eigene Auto verzichten kann. Die Verkehrspolitik in der Stadt Frankfurt sollte im 21. Jahrhundert auch zeitgemäße Lösungen anbieten oder fördern.

Antragsteller:

SPD

Vertraulichkeit: Nein

Hauptvorlage:

Antrag vom 19.08.2014, [OF 1098/6](#)

Beratung im Ortsbeirat: 6

Beratungsergebnisse:

[33. Sitzung des OBR 6 am 09.09.2014](#), TO I, TOP 26

Beschluss:

Anregung an den Magistrat [OM 3398 2014](#)

Auskunftsersuchen [V 1096 2014](#)

1. Die Vorlage OF 1098/6 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.
2. Die Vorlage OF 1114/6 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Abstimmung:

- zu 1. Einstimmige Annahme
- zu 2. Annahme bei Enthaltung CDU, REP und FDP